

## **Mitteilung an die Medien**

14.04.2026

### **Gemeinderat Karlsruhe zur Güterbahntrasse Mannheim – Karlsruhe: Breites Bündnis fordert Transparenz und wirksamen Schutz für Anwohnerinnen und Anwohner**

Ein breites Bündnis von Fraktionen im Karlsruher Gemeinderat erhöht den Druck auf Deutsche Bahn und Bund: Mit einem gemeinsamen Antrag machen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP/Freie Wähler, Die Linke, Volt, KAL und Für Karlsruhe deutlich, dass sie die bisherigen Planungen zur Güterbahntrasse Mannheim – Karlsruhe in wesentlichen Punkten für unzureichend halten. Zu Beginn der Raumverträglichkeitsprüfung seien zentrale Fragen weiterhin unbeantwortet.

Für die Fraktionen ist dennoch klar: Der Ausbau der Strecke als Teil der europäischen Transversale Rotterdam – Genua wird ausdrücklich unterstützt. Auch am ambitionierten Zeitplan für diese verkehrspolitisch wichtige Verbindung soll nicht gerüttelt werden.

Gerade deshalb fordern die Fraktionen frühzeitig belastbare Antworten auf die entscheidenden Planungsfragen – vor allem mit Blick auf den Schutz der Menschen entlang der Bestandsstrecken, über die der Verkehr in Richtung Basel weitergeführt werden soll. Mit der Debatte am 28. April 2026 im Gemeinderat wollen die Fraktionen ihren Standpunkt klar benennen und die öffentliche Diskussion über das Projekt voranbringen.

„Die Deutsche Bahn muss transparent und nachvollziehbar darlegen, auf welcher Datengrundlage sie eine Abfolge von Trögen und kurzen Tunneln einer durchgehenden Tunnellösung vorzieht“, heißt es in dem interfraktionellen Antrag. Ein reiner Kostenvergleich greift aus Sicht der antragstellenden Fraktionen deutlich zu kurz. Erwartet werde eine Gesamtabwägung, die die Auswirkungen auf Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbe, Landschaftsschutzgebiete und Kleingartenanlagen umfassend berücksichtigt. Wenn die Deutsche Bahn Akzeptanz für ihre Planungen schaffen will, muss sie frühzeitig und nachvollziehbar aufzeigen, mit welchen Maßnahmen sie eine deutliche Mehrbelastung der Bevölkerung insbesondere entlang der Bestandsstrecken verhindern will.